



„HÄNDE WEG VON OS/KA“

Aktionsgemeinschaft „Erhaltet Ostfeld / Kalkofen“

PRESSEERKLÄRUNG

Ostfeld: 286 Millionen Euro Finanzierungslücke – Schluss mit dem politischen Weiter-so

BI fordert unabhängigen Vergleich von Fortführung und Ausstieg, bevor Wiesbaden weitere Verpflichtungen eingeht

Der prognostizierte städtische Zuschussbedarf für das Ostfeld steigt auf 286 Millionen Euro. Gegenüber der Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) 2025 sind das 76,2 Millionen Euro mehr – ein Anstieg um 36,3 Prozent innerhalb eines Jahres. Die Bürgerinitiative „Hände weg von OsKa“ fordert, daraus endlich politische Konsequenzen zu ziehen.

„Wer beim Kassensturz überall hinschauen will, muss auch das Ostfeld auf den Prüfstand stellen. Bei den Leistungen für die Menschen in Wiesbaden wird über Einsparungen gesprochen. Da darf ein Großprojekt mit einer solchen Finanzierungslücke keinen Freifahrtschein bekommen“, erklärt Renate Hammel für die Bürgerinitiative.

Die KoFi 2026 legt offen, wie empfindlich die Finanzierung auf veränderte Grundstückswerte reagiert. Die prognostizierten Gesamtausgaben bleiben mit 843,5 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich. Die erwarteten Einnahmen sinken dagegen von 630,6 auf 557,5 Millionen Euro. Allein die niedrigere Bewertung des künftigen Wohnbaulands verschlechtert die Rechnung um 80,3 Millionen Euro. Andere Anpassungen gleichen einen Teil davon aus.

„Das Ostfeld soll wesentlich durch Grundstückserlöse finanziert werden. Brechen diese Erwartungen weg, trägt die Stadt Wiesbaden das Risiko. Auf eine spätere Erholung des Immobilienmarkts zu hoffen, reicht als Antwort auf diese Zahlen nicht aus“, so Hammel.

Die 286 Millionen Euro sind der bis 2040 prognostizierte Zuschussbedarf. Sie sind keine garantierte Obergrenze. Änderungen bei Preisen, Zinsen und Zeitplan können die Rechnung weiter verschlechtern. Zugleich enthält die aktuelle KoFi rechnerische Entlastungen durch geänderte Erschließungsplanungen. Ob diese Ansätze dauerhaft tragen, muss die Stadt nachvollziehbar belegen. Für das geplante Wohnquartier ist zudem weiterhin keine förderfähige Schienenanbindung nachgewiesen. Welche leistungsfähige ÖPNV-Anbindung tatsächlich umgesetzt und wie sie finanziert werden soll, bleibt zu klären.



„HÄNDE WEG VON OS/KA“

Aktionsgemeinschaft „Erhaltet Ostfeld / Kalkofen“

Den Hinweis der Stadt auf den Gegenwert neuer Schulen, Kitas und Grünanlagen hält die BI für keine ausreichende Antwort auf die wachsende Finanzierungslücke. „Natürlich haben Schulen und Kitas einen bleibenden Wert. Aber dieser Wert bezahlt die Finanzierungslücke nicht. Die Stadt muss erklären, welche Belastungen sie für das Ostfeld übernehmen kann und welche Möglichkeiten für Wohnungsbau und Infrastruktur sie dafür an anderer Stelle zurückstellt“, erklärt Hammel.

Die Bürgerinitiative hält an ihrer Ablehnung des Ostfelds fest. Noch schwerer als die finanziellen Risiken wiegen für sie die Eingriffe in Böden, Landwirtschaft und klimatisch wichtige Freiflächen. „Auch, wenn die Finanzierungslücke wieder kleiner werden sollte: Die Schäden an Boden und Natur bleiben. Unsere Ablehnung hängt deshalb nicht, zumindest nicht allein, an der Finanzlage“, betont Hammel.

Die Bürgerinitiative fordert Magistrat und Stadtverordnetenversammlung auf, einen unabhängigen, öffentlich nachvollziehbaren Vergleich von Fortführung und Ausstieg vorzulegen. Bis dahin sollen keine zusätzlichen vermeidbaren finanziellen und vertraglichen Bindungen eingegangen werden.

Der Vergleich muss offenlegen, welche Kosten bei einem Ausstieg entstehen, welche Verpflichtungen bereits bestehen und welche künftigen Ausgaben noch vermieden werden können. Ebenso müssen die verbleibenden Kosten und Risiken einer Fortführung einschließlich der ÖPNV-Anbindung sowie realistische Alternativen für den Wohnungsbau untersucht werden.

„Bereits ausgegebenes Geld rechtfertigt nicht automatisch die nächste Ausgabe. Wiesbaden braucht eine ehrliche Entscheidung darüber, welche Belastungen noch vermieden werden können. Diese Entscheidung darf nicht immer weiter vertagt werden.“

Mainz-Kastel, den 4. Oktober 2026

Renate Hammel
Sprecherin der Bürgerinitiative Hände weg von OsKa
E-Mail: renate.hammel@t-online.de
Mobil: 0170 4386316